



24/SVV/0115

Antrag
öffentlich

Kein rechtsextremer Hotspot in Potsdam!

<i>Einreicher:</i>	<i>Datum</i>
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Potsdam sozial gerecht, Fraktion Mitten in Potsdam, Fraktion CDU, Fraktion FDP	23.01.2024

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
24.01.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam schließen sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.


Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam spricht sich gegen alle rechtsextremen Aktivitäten aus.

Wir verurteilen entschieden das am 25.11.2023 im Landhaus Adlon stattgefundenere Treffen führender Personen der rechtsextremen und identitären Szene, bei dem über ein Konzept zur Ausweisung von Millionen von Menschen aus Deutschland beraten wurde. Vertrieben werden sollen demnach ausländische Personen, aber auch Menschen deutscher Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund und schließlich Personen, die sich für die Belange dieser Menschen einsetzen. Dem hält die Stadtverordnetenversammlung entgegen: In Deutschland müssen alle Menschen, egal welcher Herkunft, sicher leben können! Die Existenz eines Treffpunkts für rechtsextreme und identitäre Personen und Gruppen auf Potsdamer Gebiet steht den hier gelebten Werten der Vielfalt, Toleranz und Gleichheit aller Menschen diametral entgegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Justiz, Verfassungsschutz und Polizei auf, alle rechtlich zulässigen Mittel auszuschöpfen, um die Etablierung eines solchen Hotspots auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam zu verhindern und der weiteren Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts entgegenzuwirken.

Begründung:

Als Reaktion auf das vom Recherche-Netzwerk Correctiv aufgedeckte Treffen im Landhaus Adlon am 25.11.2023 sieht es die Stadtverordnetenversammlung Potsdam als zwingend erforderlich an, zu den dort besprochenen Inhalten Stellung zu beziehen.

**Anlagen:**

1 Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

öffentlich